

### Disziplinarrecht und Immunitätsfragen im Landtag.

Dresden, 29. Jan.

Präsident Winkler eröffnet die Sitzung kurz nach 1 Uhr und gibt den Arbeitsplan des Hauses für die kommende Woche bekannt. Danach sollen Plenarsitzungen am Mittwoch und Freitag abgehalten werden, während am Dienstag der kombinierte Ausschuss zur Beratung des Wohlfahrtspflegegesetzes zusammentreten soll. Der Antrag Renner wird abgelehnt, der Antrag Schurig gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Der Landtag wird also in der kommenden Woche keine Vollsitzung abhalten. — Darauf tritt man in die Tagesordnung ein.

#### Abg. Schnitz (Soz.) erstattet den Bericht des Sonderausschusses für Beamtenfragen

Aber den Antrag der Abgg. Anders, Fräulein Hertwig, Ullrich (D. Sp.) usw. auf Vornahme einer durchgreifenden Aenderung des Besoldungsgesetzes, sowie auf Aufhebung des Besoldungssperregesetzes. Der Ausschuss beantragt hierzu, den Antrag Anders, da der Preisrückgang nicht eingetreten ist, der Regierung mit der Maßgabe zur Berücksichtigung zu empfehlen, daß solange eine durchgreifende Aenderung der Besoldungsordnung und eine Aufhebung der Besoldungssperre nicht möglich ist, bis eine wesentliche Erhöhung der Gehälter der unteren und mittleren Besoldungsgruppen vorgenommen wird.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters Schnitz, der betont, alle Parteien außer den Kommunisten lehnten es ab, den Beamten unerlässliche Verbesserungen zu machen, wird der Minderheitsantrag Gabel abgelehnt. Der Mehrheitsantrag daraufhin einstimmig angenommen.

#### Das Disziplinarstrafrecht.

Abg. Dr. Dehne (Dem.) begründet kurz einen Antrag seiner Fraktion über ein Gesetz zur Aenderung des Disziplinarstrafrechts. Nach ihm soll die Disziplinar-Kammer aus sieben Mitgliedern, die den Staatsbeamten entnommen werden, bestehen. Weiter wird in dem Entwurf gefordert, der Vorsitzende, sein Stellvertreter und ein weiteres Mitglied müßten die Fähigkeit zum Richteramt haben. Vier Mitglieder werden vom Gesamtministerium ernannt, drei Mitglieder nach der Verhältniswahl von den Staatsbeamten gewählt. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Der Disziplinarhof besteht aus 9 Mitgliedern, die entsprechend zusammengesetzt sind. Die Mitgliedschaft zum Disziplinargericht endet mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes. Abg. Dehne bittet um Ueberweisung an den Rechtsausschuß.

Abg. Gündel (D. Sp.) betont, die Disziplinargerichte müßten sich unbedingt des Vertrauens der Beamten erfreuen. Der Redner verweist auf eingehende Beratung im Rechtsausschuß.

Abg. Kaula (Dn.) begründet den Antrag seiner Fraktion, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß die

#### Immunität der Abgeordneten

insoweit aufgehoben wird, als daß Preßvergehen von Abgeordneten, die als Redakteure verantwortlich zeichneten, ohne Ausnahme strafrechtlich verfolgt werden können.

Abg. Stippe (D. Sp.) berichtet für den Haushaltsausschuß über einen Antrag des Abg. Berg (Rom.), die Vervollständigung des Erwerbslosen betreffend. Die Mehrheit beantragt, den Antrag Berg für erledigt zu erklären und das Wohlfahrtsministerium zu beauftragen, eine Tausende Statistik für die Zahl der Fürsorgeempfänger (Kleinrentner, Arbeitsinvaliden usw.) aus allen sächsischen Gemeinden einzufordern und im Freistaat Sachsen zusammenzustellen.

Dann spricht Abg. Börner (Dn.) zu seiner Anfrage, die sich mit der von der U. S. Sächsische Werke beabsichtigten Abholzung des südlichen Teiles der sogenannten Harth, des einzigen Nadelwaldes in Leipzigs Nähe, beschäftigt.

Abg. Gabel (Rom.) beantragt, die Regierung zu beauftragen, sie solle bei der Reichsregierung beantragen, daß alle abgebauten Beamten und Arbeiter bei der Reichsbahn wieder eingestellt werden, daß der Achtstundentag als Maximalarbeitszeit eingeführt wird und daß alle Witwen und Waisen des Eisenbahnpersonals um 40 Prozent erhöht werden.

Vor der Abstimmung wird die Beschlußfähigkeit des Hauses angezweifelt. Die Auszählung ergibt die Beschlußfähigkeit des Hauses, so daß nicht abgestimmt werden kann. Die Tagesordnung ist damit erschöpft.

Nächste Sitzung Dienstag, den 10. Februar, nachm. 1 Uhr. Tagesordnung: Anträge auf Strafverfolgungen von Abgeordneten, Rotverordnungen usw.

### Der neue Finanzskandal.

Die peinliche Angelegenheit bei der Preussischen Landesbankbriefanstalt reiht sich würdig den Skandalen bei der Preussischen Seehandlung an. Auch hier ist der Schuldige, der Geheimne Regierungsrat Mehring, ein alter preussischer Beamter mit langjähriger Dienstreue, der jetzt unter Verzicht auf seine Pension und alle sonstigen Ansprüche aus dem Amte geschieden ist. Auch hier sind die dienstlichen Vorschriften verletzt und Kredite für ein Grundstücksgeschäft gegeben worden, trotzdem die Vorschriften besagen, daß Gelder der Anstalt nur zum gemeinen Nutzen unter Ausschließung des Erwerbszwecks abgegeben werden sollen. Auch hier sind Kredite — sie belaufen sich auf etwa 5 Millionen Mark — gewährt worden, ohne daß vorher die Kreditwürdigkeit der Empfänger und die Aussichten des Geschäftes, für das die Kredite verwendet werden sollten, mit der erforderlichen Sorgfalt geprüft wurden. Auch hier hat der schuldige Beamte, Geheimrat Mehring, ebenso wie es Oberfinanzrat Hellwig teilweise getan hat, seine Mitarbeiter in Unkenntnis der Vorgänge gelassen. Die Parallele zwischen beiden Fällen läßt sich also sehr weit ziehen. Der Unterschied ist nur der, daß der Kreditnehmer nicht, wie bei der Seehandlung, ein jüdischer Großspekulant war, sondern eine Gruppe von früheren Offizieren unter der Führung des Rittergutsbesizers v. Ziegwitz aus Hinterzimmern. Aus diesem Falle, der sich also in einem sozusagen rein „altpreussischen“ Milieu abgespielt hat, wird man wahrlich keine Anklagen gegen den heutigen Staat oder gegen diejenigen Parteien herleiten können, die sich zu ihm bekennen, wie dies bei dem Seehandlungs-Skandal in so ausgiebigem Maße geschehen ist. Es gibt eben in allen Kreisen Sünden und ihre Zahl ist naturgemäß besonders groß unter den fürchtbaren Verhältnissen, die der verlorene Krieg und der ebenfalls verlorene Ruhrkampf geschaffen hat. Damit soll nicht für Milde und Nachsicht gegenüber denjenigen plädiert werden, die sich irgendetwas haben zuschulden kommen lassen. Es soll nur daraus der Protest hergeleitet werden gegen die Ausnutzung derartiger jauchiger Vorfälle für eine parteipolitische Heise, die den politischen Gegner von vornherein als moralisch minderwertig hinzustellen sucht.

#### Preussischer Untersuchungsausschuß der Barmat-Affäre.

Berlin, 29. Jan. Im Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages für die Barmat-Rutsker-Affäre befandete Staatssekretär Reihner vom Büro des Reichspräsidenten, er sei vom Reichspräsidenten in vollem Umfange von der Amtverschwiegenheit entbunden worden. Barmat sei vom Reichspräsidenten ein- oder zweimal empfangen worden. Da die Rückfrage des Auswärtigen Amtes im Mai 1919 nichts Nachteiliges gegen Barmat ergeben habe, habe das Auswärtige Amt das Generalkonsulat in Amsterdam angewiesen, Barmat ein Dauerbismum auszustellen. Minister des Innern Seevering sagte u. a. aus, im November 1920 sei er vom ehemaligen Reichskanzler Bauer gebeten worden, sich dafür zu interessieren, daß der Familie Barmat von der holländischen Gesandtschaft auf der Durchreise von Russland durch Deutschland nach Holland keine Schwierigkeiten gemacht

würden. Auf Wunsch Bauers habe das Konsulat seine Zustimmung erteilt und gebeten, dies auch in Preußen zu veranlassen. Reichskanzler a. D. Bauer erklärte, es handele sich bei der Barmat-Sache weder um eine politische noch um eine geschäftliche Aktion, sondern um eine rein menschliche Angelegenheit. Bismarck habe ihm im Herbst 1920 einen Brief seines Vaters gezeigt, der sich an den barmat'schen Vetter als Nächstling mit seiner Familie anstellte und auf die Willkür anderer angewiesen war. Barmat habe ihn gebeten, ihm zu helfen. Er möchte seine Familie gern nach Holland bringen. Wie die falsche Angabe der Zugehörigkeit der Barmats zur holländischen Gesandtschaft entstanden sei, wolle er sich nicht erklären. Er habe keinesfalls eine solche Angabe gemacht. Durch hervorragende Mitglieder der holländischen sozialdemokratischen Partei habe er die allerbesten Kontakte über Barmat erhalten. Schon vor dem Kriege habe dieser ein Weltgeschäft gehabt. Barmat habe ihn keineswegs um ein Empfehlungsschreiben an den Präsidenten der Preussischen Staatsbank gebeten, das er erst nach längerem Drängen gegeben habe. Er habe sich gesagt, ein Institut wie die Staatsbank werde niemandem Kredit gewähren, wenn er nicht ausreichende Sicherheit gebe. Wenn die Staatsbank so verfahren werde, wie sie hätte tun müssen, so hätte sie nie geschädigt werden können.

Berlin, 29. Januar. Abgeordneter Ruchke (Dem.) verliest einen Schriftwechsel zwischen Reichskanzler Bauer und der „Berliner Volkszeitung“ über Empfehlungsschreiben höherer Reichsstellen für Barmat. Während Bauer nach wie vor solche Empfehlungsschreiben bestreitet, erklärt Abgeordneter Ruchke, daß Barmat tatsächlich im Besitze solcher Empfehlungsschreiben gewesen sei und daß er bedauere, daß Bauer sie ihm damals nicht abgenommen habe. Darauf wurde der sächsische Gesandte Dr. Grabnauer vernommen, der angab, Barmat auf einer antilagen Reise mit sächsischen Industrievertretern in Brüssel kennengelernt zu haben. Barmat habe damals den Vermittler gespielt, um Absatz für die sächsische Industrie in Belgien zu finden. Die Verhandlungen scheiterten aber an übertriebenen Forderungen der Belgier. Grabnauer hatte von Barmat den Eindruck, daß er eifrig und aufrichtig die deutschen Interessen gefördert habe.

#### Demokratischer Antrag in der Angelegenheit der Landesbankbriefanstalt.

Berlin, 29. Januar. Die demokratische Fraktion des preussischen Landtages hat wegen der Vorgänge bei der Landesbankbriefanstalt im Landtag den Antrag eingebracht, dem Untersuchungsausschuß beim Preussischen Landtag die Untersuchung über diese Vorgänge zu übertragen.

### Die Entschädigungen für die Ruhrindustrie

Berlin, 29. Jan. Im Haushaltsausschuß des Reichstages kam der sozialdemokratische Antrag über die Entschädigungen für die Ruhrindustrien an die Tagesordnung zur Sprache. Der Abg. Müller-Franke protestierte einmal gegen die Briefe Stresemanns an die Ruhrkrise, in denen die Entschädigungen zu 600 Millionen unter keinen Umständen angefordert werden dürften. Es könne unter keinen Umständen angefordert werden, ein Minister und sei es der Reichskanzler das Recht herausnehmen, Briefe an eine Interessengruppe zu schreiben, in denen Angaben zugesichert werden, die zu einer von 600 Millionen geführt haben. Es sei erhöht, wie auf der einen Seite für die deren Potenz aus den Kurven ihrer Wirtschaft, Millionen nun ausgeglichen werden müssen. Auslandsdeutschen, die durch die Liquidation der Schäden schwergeschädigten Volksgenossen, die alle Art und Weise andere nach ganz anderen Sätzen mit Pfennigen abgefunden werden. Der sozialdemokratische Antrag bezweifle doch weiter nichts, die Vorlage eines Gesetzentwurfes binnen weniger Tage auch die Kleinen entschädigen soll.

Der Demokrat Dietrich-Baden wandte sich anfangs scharf gegen das Vorgehen der Regierung, deren Haltung einen täglichen Eindruck mache. Die Demokraten seien unter keinen Umständen mit allgemeinen Wert-

sätzen und Gabeln unter falschem Namen, als Herr und Frau Gabel, in den Bergen begabundlassen. So kam es natürlich zu einem offenen Skandal und —

„Spitzhube, Spitzhube — gib mir ein Küßchen — Küßchen ist ja Sünde!“ riefte der graue Papagei und der grüne sagte melancholisch: „Schafkoppl!“

In diesem Augenblick wurde die Tür etwas weit und stürmisch aufgerissen und Gabel stand auf der Schwelle.

Die Wirkung war überraschend, beide Damen verloren einen Augenblick die Fassung, doch die Bränetti fand sofort ihre Selbstgegenwart wieder.

„Wenn man vom Wolfe spricht, so kommt er auch,“ rief sie mit etwas grellem Lachen. „Wir sprechen eben über unsere kleine Schillerin und ich erlaube mir, dein Urteil über ihre Stimme anzufechten.“

Gabler war natürlich sofort auf der Höhe der Situation. Er äußerte seine Freude, Tora zu treffen, in der lebenswürdigsten, janzählendsten Weise, ohne sein Verhältnis zu ihr und Gesine zu verraten und mit einer fliehenden Witz in den Augen, doch Tora erschau sich lächelnd.

„Ich muß mich etwas eilig verabschieden, ich habe mich schon verspätet und darf meine Patientin nicht länger allein lassen,“ sagte sie unter dem wilden Schrei der Papageien.

„Gnädige Frau erlauben, daß ich Sie an den Wagen bringe,“ mit diesen sehr bestimmten Worten begleitete sie Gabler hinaus, nachdem sie Fräulein Bränetti herzlich Lebewohl gesagt und die Hüften der Papageien, Blumenhändler und Stangen ohne Anstößigkeit umschiffte hatte. Draußen auf dem weit erhellten Treppentritt waren sie allein.

(Fortsetzung folgt.)

### Der Sieger.

Roman von Marie Stahl.

Amerik. Copyright by Lit. Bureau M. Lincke, Dresden 21. 88. Fortsetzung.)

„Ich habe schon lange eine Aussprache mit Ihnen beabsichtigt und nur Gefühns Krankheit hielt mich zurück,“ sagte Tora, als sie glücklich das kleine Empire-sofa erreicht hatte, ohne das Rosaftische mit dem Silberhändler und die wacklige Etageren voll allem Porzellan umzuwerfen, während die Papageien ausgeregt freisprachen und einen Hüllenturm anstellten. Und nachdem Fräulein Bränetti mit überprudelnder Lebendigkeit ihr großes Bedauern über die Krankheit ihrer Schülerin ausgesprochen, die sie „mein kleiner Verzug“ nannte, bat Tora, sie möge ihr ein aufrichtiges entscheidendes Urteil über Gefühns Stimme geben, das sie sich jetzt wohl gebildet haben könne.

Fräulein Bränetti ging eine Weile etwas um den Kernpunkt der Sache herum und machte höfliche Redensarten, wobei der graue Papagei im Tonfall ihrer Stimme unzählige Male wiederholte: „Gib mir ein Küßchen“ und endlich erfuhr Tora, was sie wissen wollte, daß Gesine zwar eine sehr angenehme wohlklingende Stimme habe, doch kaum ausreichend in Kraft und Umfang für die Ansprüche der Deffenlichkeit. „Ich habe es Gabler von Anfang an gesagt,“ versichert sie sich die Sängerin, „aber er wollte es besser wissen und beharrte Ihr Fräulein Tochter in dem Glauben an die Entwicklungsfähigkeit ihrer Stimme zu großen Tönen. Wenn Sie mich aber auf Gewissen fragen, muß ich Ihnen sagen, die Stimme eignet sich wohl zum Konzertvortrag in kleineren Räumen, doch das wäre das höchste Erreichbare.“

„Ich danke Ihnen, doch ich habe noch ein weiteres

Anliegen,“ sagte Tora. „Sie wissen vielleicht, daß meine Tochter viel mit einem Fräulein Jeska Pefchel von der Oper verkehrt hat. Es sind mir nun Andeutungen zu Ohren gekommen, die mich an dem Charakter der Dame zweifeln lassen. Ich möchte bitten, mir unter Diskretion zu sagen, was Sie von ihr halten und ob sie ein passender Umgang für Gesine ist?“

Tora hatte sich vorzüglich ausgedrückt, doch Fräulein Bränetti war schon bei der Nennung des Namens Jeska Pefchel wie elektrifiziert. Ihre kleinen schwarzen Kohlenaugen sprühten und ihr gelbes Gesicht färbte sich dunkel. In ihrer leidenschaftlichen Weise kennzeichnete sie die Pefchel als eine Verworfenne.

„Sie ist eine Dämon!“ rief sie voll Horn und Verachtung zum Schluß, „und eine von den gefährlichen, weil alles unter der Maske der Dame geschieht. Geseit und raffiniert genug ist sie ja dazu.“

„Ich begreife nicht, daß Herr Kapellmeister Gabler das nicht weiß,“ wandte Tora absichtlich harmlos ein.

„Meine verehrteste, gnädige Frau, Gabler ist ein Heber und ein prächtiger Mensch, doch in bezug auf Frauen ist er skrupellos und in einer Weise ungewarnt, daß ich ihm schon oft die Freundschaft gekündigt habe, weil es die Grenzen überschreitet. Mit der Pefchel ist es jetzt zu einem Skandal gekommen, wor weiß, ob es ihm nicht noch seine Stellung kostet. Ihr sogenannter Verdächtig, der Regisseur Lamprecht aus Mainz, ist ein alter Freund von ihm. Er war kürzlich hier zum Besuch und die drei wurden stets zusammen gesehen. Lamprecht muß aber wohl schon mittrauisch geworden sein, denn als bald darauf die Pefchel auf Urlaub ging, reiste er ihr nach. Er fand sie nicht in dem Sanatorium, wohin sie sich angeblich schwer leidend zurückgezogen, hingegen gelang es ihm, festzustellen, daß